

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE MAI 2026 | 22. JAHRGANG



Verlängerung der Wochenarbeitszeit, Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Einschränkungen der Familienversicherung, Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss, Verschärfungen bei der Grundsicherung – die Liste der sozialen Grausamkeiten dieser Bundesregierung ist lang. Und die Brandenburger Landesregierung? Belastet Familien zusätzlich, z.B. durch die geplante Streichung der Zuschüsse für die Mittagsversorgung in den Kitas. Eltern sollen künftig selbst zahlen. Wer das nicht kann, hat dann wohl Pech gehabt. Am 1. Mai waren auch wir auf der Straße – für Löhne, die zum Leben reichen, eine soziale Absicherung, die diesen Namen verdient und eine Vermögensteuer für Millionäre und Milliardäre. **SIEHE SEITE 3.**



Linker Kongress in Brüssel und 100% Menschenwürde

Die Europäische Linke ist mit ihrem 8. Kongress auf dem Weg, europäischer zu werden. Das war überfällig angesichts des uneingelösten Gründungsversprechens. Das Land Brandenburg war im März 2026 erstmals Gastgeber der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ unter dem Motto „100% Menschenwürde. Zusammen gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ – unsere Nachlese.

SEITE 2



Ein „Organ der Demokratie“ und Ehre den Befreiern

Am 1. Juni 1848 erschien erstmals die „Neue Rheinische Zeitung“, bezeichnet als „Organ der Demokratie“. Die Zeitung war ein Sprachrohr für die Ideen der 48-er Revolution unter der Leitung von Karl Marx und Friedrich Engels. Vor 85 Jahren – am 22. Juni 1941 – begann der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. Am 8. Mai 2026 ehrte auch Die Linke Potsdam die sowjetischen Befreier:innen.

SEITE 4



Jetzt braucht es Solidarität statt Spaltung

Die Bundesregierung betreibt Klassenkampf von oben – kommentiert unsere Bundestagsabgeordnete Isabelle Vandré. Wenn die Bundesregierung Rentner:innen, Erwerbslose, Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderung angreift, dann betrifft das uns alle. Desweiteren behandeln wir das Immobilientransparenzregister. Außerdem werben wir für Spenden für unseren Bundestag im Juni 2026.

SEITE 5

RATHAUS REPORT

**Alternatives
Amtsblatt der
Fraktion
Die Linke Potsdam**

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Sämtliche zurückgeholten Unterhaltsvorschussgelder fließen vollständig an das Land, kritisiert die Linke Fraktion ebenso wie die Abrisslösung für das Rechenzentrum. Wir informieren, dass die Fraktion Die Linke einen neuen Fraktionsvorstand gewählt hat und über das neue Radverkehrskonzept der Stadt. Ferner fordern wir Mieter*innen vor Verdrängung zu schützen – kein Ausverkauf kommunaler Wohnungen.

SEITEN I-II

Gemeinsam für ein solidarisches Europa

Notizen zum Kongress der Europäischen Linken in Brüssel von Tobias Woelki



DEMO IN POTSDAM

100% Menschenwürde

Nachlese zur Internationalen Woche gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Das Land Brandenburg war im März 2026 erstmals Gastgeber für die Eröffnung der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“. Unter dem Motto „100% Menschenwürde. Zusammen gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ hat das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“, welches sich seit 2002 für Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit und gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einsetzt, am 21. März 2026 eine Straßenaktion mit Redebeiträgen verschiedener Organisationen wie die Vereine Refugees Emancipation e.V., IB, (PAWLO)-Masoso e.V., AWO Bezirksverband Potsdam e.V., DGB, IWGR und Die Linke Potsdam als Auftaktaktion zum Internationalen Tag gegen Rassismus durchgeführt. Dabei gab es entlang des „Broadways“ beginnend an der Kirche St. Peter und Paul bis zum Branden-

burger Tor verschiedene Stände mit Kleiderständen, auf denen die Themen der jeweiligen Organisation bei einer Laufdemo dargestellt wurden. Die Linke stellt sich deutlich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Anti-Islamismus, sowie gegen Queerfeindlichkeit, Homophobie, Transphobie und Heterosexismus. In ihrem Grundkonsens bestrebt sie migrantisch und antirassistisch zu sein, strukturell und aktionell gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorzugehen und kommunalpolitisch Integrationsprojekte und Gedenkkultur zu unterstützen. Und auch in einem Antrag zum Potsdamer Bundesparteitag im Juni bekennt sie sich klar „gegen jede Form von Antisemitismus (...) und gegen die Instrumentalisierung des Nahostkonflikts für innenpolitische Hetze.“

Romy Ibe

Mit einem umfangreichen politischen Dokument, das stark und konkret bei sozialen, industriepolitischen, ökologischen, feministischen, kulturellen und jugend- und migrationspolitischen Forderungen ist und etwas zurückhaltender (und manchmal auch widersprüchlicher) die weltpolitischen Analysen angeht, gingen die Delegierten in ihre zweitägigen Beratungen. Unbestreitbar ist, dass die Europäische Linke die politische Gestaltungsebene der EU inzwischen beherzt anpacken will. Zugleich macht sie dabei deutlich, dass dafür mindestens ein Reset-Button zu drücken ist, will man dem abgewirtschafteten Neoliberalismus und den aufstrebenden Neofaschistinnen und -faschisten wirklich die Stirn bieten. Nicht von ungefähr erinnert die EL in ihrem politischen „Zukunftskapitel XII“ deshalb an das antifaschistische Manifest von Ventotene, das den Rückfall in nationalistic Lösungsversprechen mit allen Mitteln aus der Zukunft Europas verbannen wollte. Auch wenn wir heute auf viele Einzelfragen eigene Antworten finden müssen, gerade angesichts der weltweiten Aufrüstungsspirale. Fakt ist: Die Europäische Linke ist mit ihrem 8. Kongress auf dem Weg, europäischer zu werden. Das war überfällig angesichts des uneingelösten Gründungsversprechens, mehr zu sein, als

ein Zusammenschluss nationaler linker Parteien. Wenn es ihr erstens gelingt, als politisches Subjekt statt als Sammelbecken linker Identitätsversprechen in Erscheinung zu treten. Und wenn sie zweitens politische Vorschläge unterbreitet und dafür mobilisiert, wie für eine Bürgerinitiative zum Wohnen als Menschenrecht, dann hat der Sprung in die Mehrheitsentscheidungen und die straffere und zugleich kollektivere Führung gelohnt. Noch ist der Posten der Vize-Präsidentin an der Seite des wiedergewählten Präsidenten Walter Baier unbesetzt. Diese ermutigenden Schritte in Brüssel haben wir auch vielen Genossinnen und Genossen aus der Linken zu verdanken, die sich in den vergangenen Jahren in den Erneuerungsprozess intensiv eingebracht haben. Immerhin sind das Statut und das politische Dokument mit übergroßer Mehrheit angenommen worden. An prominenter Stelle im Vorstand und im politischen Sekretariat haben dies unser langjähriger Europaparlamentarier Helmut Scholz und Marika Tändler-Walenta mitverantwortet, gemeinsam mit den Delegierten und anderen Genossinnen und Genossen, die in der AG Europa viel Arbeit wegtrugen.

Tobias Woelki

Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotSDam“ - BERND MARTIN, Springbruch 16, 14558 Nuthetal, OT Bergholz-Rehbrücke.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur; Konstantin Gräfe,
Romy Ibe, Maria Kadenbach,
Harry Kratky, Steffen Lehnert, Carl
Loschke, Torben Reichert, Sven
Ullrich, Ida Karlotta Wiesigstrauch,
Tobias Woelki.

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion

LAYOUT

Sophie Sumburane

E-MAIL

info@medienpunktSDam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion/ Kathrin
Gehrmann/ Archiv/Torben Reichert

DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG
Die nächste PaS erscheint am 11.
Juni 2026.



DER BLOCK DER LINKEN AUF DER POTSDAMER MAIDEMONSTRATION.

Die Linke Potsdam zum 1. Mai 2026: Nein zu den großen Armutsreformen!

Union und SPD greifen unsere erkämpften Rechte an. Sie wollen die Arbeitszeiten ausweiten, Feiertage streichen und Überstunden für Unternehmen billiger machen. Das bedeutet mehr Stress, weniger Freizeit und schlechtere Lebensbedingungen für uns alle. Während Milliarden in Panzer und Kampf-

flugzeuge fließen, wird bei uns gekürzt. Sozialleistungen werden gestrichen, Mieten steigen weiter, Energie- und Lebensmittelpreise explodieren. Doch statt endlich die Superreichen daran zu beteiligen, dass das Leben für die Mehrheit einfacher wird, werden Erwerbslose und Geflüchtete zu Sündenböcken gemacht.

Wir Linke sagen: Schluss damit!

Der 1. Mai war deshalb in diesem Jahr vor allem ein Tag des Widerstandes gegen diese Armutsreformen. Mit der Umverteilung von unten nach oben muss endlich Schluss sein! Wir werden es nicht zulassen, dass hart erkämpfte Verbesserungen der Arbeitsbe-

dingungen vom neoliberalen Mob geschleift werden!

Der 1. Mai ist unser Tag! Er wurde wie der 8-Stunden-Tag, das Streikrecht und der Sozialstaat erkämpft. Heute greifen Merz und Co. wieder unsere Rechte an. Doch wir sagen: nicht mit uns! Hände weg von unseren Rechten!

Wir fordern: Ausweitung der Tarifbindung, armutsfeste Mindestlöhne und Renten und eine sanktionsfreie Grundsicherung! Die Reichen und die Konzerne müssen endlich an den Kosten der Krise beteiligt werden – mit gerechten Unternehmenssteuern, der konsequenten Abschöpfung von Krisengewinnen sowie einer Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre! Wir verteidigen den Achtstundentag! Wir brauchen Entlastung und mehr Zeit für uns und unsere Familien, statt noch mehr Stress und höhere Profite für Konzerne. Wir brauchen gute Schulen und Kitas, bezahlbaren Wohnraum und einen funktionierenden Nahverkehr – statt Milliarden für mehr Waffen.

dielinke.de



AG-Senioren – Wohnen bleibt Schlüsselfrage

An einem schönen Frühlingstag habe ich mich in einem Café mit zwei Genossinnen, Inge Gerlach und Juliane Nitsche, getroffen. Die AG Senioren, die seit seiner Gründung 1990 im Seniorenbeirat Potsdams mitwirkt, hat

schon zu Wendezeiten in einer schwierigen Zeit der Neufindung Problematiken mit den radikalen Umstellungen kommuniziert, besonders bei Rückübertragungen von Wohnraum. Das hat Menschen in dieser Zeit Mut

und Rückhalt gegeben. Juliane sagt, dass es nach der Wende mehr Gesprächskreise gab, um Themen politisch einzubinden. Heutzutage gibt es zu wenige Austauschplattformen, um politische Konflikte anzusprechen. Inge und Juliane haben festgestellt, dass sie mit ihren wichtigen Zielen die Zukunft der heutigen Jugend gestalten, denn auch die junge Generation wird altern und stößt dann auf altersbedingte Schwierigkeiten. Zudem denken sie, dass die Vernetzung der Generationen zu gering ausgeprägt ist, beispielsweise in Form von generationsübergreifenden Wohnprojekten, um miteinander gemeinschaftlich und rücksichtsvoll zu leben. „Wohnen bleibt die Schlüsselfrage!“ betont auch Peter Mundt, der in der linken AG wie auch im Beirat der Stadt sehr aktiv ist. In Zeiten knapper Kassen darf der am 6. Mai 2026 in der SVV verabschiedete Seniorenplan kein Wohlfühlpapier bleiben, das ältere Menschen als Kostenfaktor

behandelt. Er muss zeigen, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen von Seniorinnen und Senioren kein Gegenspiel zur Jugend ist, sondern ein Gewinn für die ganze Stadt. „Wir erwarten, dass die Stadt jetzt Tempo macht: mit mehr barrierefreien Wohnungen, mit Unterstützung beim Umzug und mit Beratung, die freiwillige Veränderungen ermöglicht statt sie zu erschweren“, so die Senioren. Dies ist auch Thema beim diesjährigen Sommergarten am 6. Juni 2026. Weitere aktuelle Themen für die AG Senioren sind eine bessere Vernetzung mit der AG Frieden, Mobilität und Verkehr, um gemeinschaftlich stärker auftreten zu können. Die AG Senioren unter dem Vorsitz von Peter Mundt und Petra Perscheid trifft sich regelmäßig und lädt zu ihren Treffen alle Interessierten unabhängig vom Alter ein.

Romy Ibe

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe Mai 2026

UNTERHALTSVORSCHUSS IN POTSDAM: NIEDRIGE RÜCKHOLQUOTE IST ARMUTSZEUGNIS



Eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam zeigt: Die Stadt zahlte 2025 über sieben Millionen Euro Unterhaltsvorschuss für fast 2.000 Kinder und holte davon lediglich 14% zurück. Das ist nur bedingt ein Vollzugsdefizit, sondern vor allem Ausdruck struktureller Armut. Die Antwort

der Verwaltung belegt, dass das Jugendamt bereits das volle rechtliche Instrumentarium ausschöpft: Lohnpfändungen, Kontopfändungen, Grundbucheintragen und Strafanzeigen bei vorsätzlicher Zahlungsverweigerung. Das geringe Ergebnis erklärt sich nicht durch mangelnden Vollzugswillen, sondern durch die finanzielle

Lage vieler Unterhaltspflichtiger. Wer selbst arm ist, kann nicht gepfändet werden. Bundesweit liegt die Rückholquote im Schnitt nur bei 17 bis 20 Prozent. Tobias Woelki, Stadtverordneter der Linken Potsdam, kommentiert die Zahlen:

„Was diese Anfrage zeigt, ist

die Schwäche eines Systems, das Armut verwaltet, statt sie zu bekämpfen. 94 Prozent der Unterhaltspflichtigen in Potsdam sind Männer, und viele von ihnen können schlicht nicht zahlen, weil ihnen selbst das Geld fehlt. Gleichzeitig wachsen fast 2.000 Kinder in unserer Stadt mit zu wenig auf. Das ist politisches Versagen.“

Besonders kritisiert die Fraktion die Finanzierungsstruktur des Landes Brandenburg: Sämtliche zurückgeholten Unterhaltsvorschussgelder fließen vollständig an das Land, obwohl die Kommunen den gesamten Verwaltungsaufwand tragen. Andere Bundesländer wie Hessen beteiligen ihre Kommunen an den Einnahmen. Brandenburg tut das nicht. „Das ist keine faire Aufgabenteilung. Potsdam macht die Arbeit, Brandenburg kassiert das Ergebnis“, so Woelki weiter. „Wir fordern das Land auf, die Kommunen endlich an den Rückholeinnahmen zu beteiligen.“

Tobias Woelki



Fauler Kompromiss um's Rechenzentrum

Die Fraktion Die Linke lehnt den Vorschlag der Stiftung Garnisonkirche der Verlängerung um

7 Jahre mit dem zwangsweisen Abriss danach und der Hinterlegung der finanziellen Sicherheit für den Abriss entschieden ab. Das Rechenzentrum hat sinnvolle Finanzierungsvorschläge vorgelegt, das RZ auch langfristig solide zu betreiben, inklusive der notwendigen Sanierungen und ggf. Umbauten. Das Konzept der RZ-Stiftung ist tragfähig und finanzierbar, braucht aber den gesetzten Rahmen von mindestens 20 Jahren. Unter diesem Gesichtspunkt sind die vorgeschlagenen 7 Jahre ein Schlag ins Gesicht, da die Stiftung Garnisonkirche genau weiß, dass das Betreiberkonzept in diesem Zeitraum nicht umsetzbar ist. Gleichzeitig wird mit der

Einweihung des Kreativquartiers sehr deutlich, dass die Stadt die kleinräumigen Gewerbeflächen für die Potsdamer Kreativwirtschaft dringend braucht. War das Rechenzentrum lange Zeit als adäquater Ersatz für das Rechenzentrum vorgesehen, so ist heute klar, dass nur etwa ein Fünftel der neuen Nutzenden aus dem Rechenzentrum kommen. Der Bedarf für beide Flächen ist unabdingbar. Alle Bemühungen für einen adäquaten Ersatz des Rechenzentrums sind bisher gescheitert. Es muss an der dauerhaften Nutzung festgehalten werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Schwierigkeiten der Stiftung, die bereits das langfristige Betreiben des

Garnisonkirchenturms vor Herausforderungen stellt, stellt sich zudem die Frage der Rekonstruktion des Kirchenschiffes in den nächsten Jahrzehnten überhaupt nicht. Die Fläche wird daher auch nicht für andere Zwecke benötigt. Da die Bundesregierung nochmals bekräftigt hat, keine weiteren öffentlichen Gelder für die Garnisonkirche zur Verfügung zu stellen, sollte man über die Umsetzung des Konzepts zum Weiterbetrieb verhandeln. Wir kämpfen weiterhin für den dauerhaften Erhalt des Rechenzentrums.

Tina Lange
Fraktionsvorsitzende



ELTERNZEITVERTRETUNG IM FRAKTIONSVERSTAND

Die Fraktion Die Linke hat einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Seit dem 1. April haben Tina Lange und Konstantin Gräfe gemeinsam den Vorsitz der Fraktion übernommen. Dr. Anja Günther wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Hintergrund ist die bevorstehende Elternzeit des bisherigen Vorsitzenden Tobias Woelki. „Die Vereinbarkeit von Familie und Sorgearbeit mit meinem politischen Mandat im Ehrenamt

ist eine große Herausforderung. Während der Elternzeit ist ein Fraktionsvorsitz zeitlich nicht zu stemmen. Deswegen bin ich meinen Fraktionskolleg*innen sehr dankbar, dass sie meine Elternzeitvertretung übernehmen. Wir entscheiden über einen Haushalt von mehr als einer Milliarde Euro und über die Lebensrealität von 185.000 Potsdamer*innen, dafür braucht es eine gut aufgestellte Linke“, sagt Tobias Woelki. Neue Gesprächsformate der Oberbürgermeisterin, etwa eine zweiwöchentliche Vorsitzendenrunde und zusätzliche Workshops zur Zusammenarbeit in der SVV, steigerten die Arbeitsbelastung zuletzt deutlich. Tina Lange

und Konstantin Gräfe erklären: „Wir danken Tobias Woelki für seinen Einsatz für ein soziales Potsdam. Die gerechte Verteilung von Sorgearbeit ist uns ein wichtiges Anliegen. Deswegen haben wir die Zusammenarbeit in der Fraktion für das nächste Jahr neu justiert und auf mehr Schultern verteilt. Die Haushaltsverhandlungen haben gezeigt, wie wichtig Die Linke als laute und soziale Stimme in der Stadt ist.“ Tina Lange übernimmt künftig die interne Organisation der Fraktion sowie Finanzen und Personal. Konstantin Gräfe verantwortet vor allem die politische Koordination und die Kommunikation nach außen.



Die Linke stimmt gegen den Haushalt der Landeshauptstadt für 2026. Einer der Gründe: Ein Änderungsantrag, der mit Stimmen von SPD, Grüne/ Volt, BfW, CDU und DIEaNDERE beschlossen wurde, setzt zur Haushaltskonsolidierung auf den Verkauf von Grundstücken und bewohnten Wohnungen. Der Ausverkauf kommunalen Eigentums mag kurzfristig Geld in die Kasse bringen – langfristig aber verliert die Stadt damit dauerhaft Handlungsspielraum. Wer in einer Stadt mit angespanntem Wohnungsmarkt kommunale Wohnungen verkauft – Wohnungen, in denen wie in Babelsberg Menschen mit kleinen Einkommen zu günstigen Mieten leben – löst kein Finanzproblem, er verschärft lediglich die Mietenkrise. Daher wird Die Linke Verkäufen

auch weiterhin grundsätzlich nicht zustimmen. Um bei Verkäufen aber zumindest rudimentären Mieter:innenschutz zu gewährleisten, haben wir nun einen Antrag eingebracht. Dieser Antrag sieht erstens vor, dass die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen dauerhaft ausgeschlossen werden. Zweitens soll bei allen Veräußerungen von kommunalem Wohnraum verbindlich ein Rückkaufrecht der Stadt Potsdam vereinbart werden. Und drittens sollen Veräußerungen kommunalen Vermögens nur in Erbbaupacht geschehen.

Konstantin Gräfe
Fraktionsvorsitzender

Termine

Mai und Juni 2026

Konstantin Gräfe und
Tina Lange
Fraktionsvorsitzende

Ida Karlotta
Wiesigstrauch
Fraktions-
geschäftsführung

Fraktionssitzungen bis zur Sommerpause

Montags, 18.05.2026, 01.06., 08.06., 15.06., 22.06. und 29.06.2026.: jeweils um 18 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3 (parteioffentlich)

Nächste SVV:

Mittwoch, 03. Juni und 01. Juli 2026: 15 Uhr, Stadtverordnetenversammlung im Havelsaal der IHK Potsdam, Breite Straße 2A-C

Mail:
dielinke@rathaus.potsdam.de

Die Linke

Stadtfraktion
Potsdam

RADFahren SOLL SICHERER WERDEN



Der Entwurf des neuen Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt liegt bis zum 17. Mai zur Kommentierung aus. Ziel ist es, das Radfahren bis 2035 durch gezielte Investitionen sicherer und attraktiver zu machen. Basis bilden eine umfassende Bestands-

analyse sowie eine Unfalluntersuchung zur Identifizierung von Gefahrenstellen. Neben dem Ausbau des Streckennetzes und der Abstellanlagen an Bahnhöfen stehen auch der Radtourismus sowie Service und Kommunikation im Fokus. Maßnahmen zur Steigerung des Radverkehrsanteils werden im Zielnetz konkret definiert, um eine ganzheitliche Förderung der Mobilität zu gewährleisten. Die Sichtung und das Kommentieren des Entwurfs, ist über: <https://mitgestalten.potsdam.de/de/besserradeln> möglich oder noch einfacher unter unserem eigenen Link: potsdam.transparenz.cool
Michel Berlin

Beschlossen...

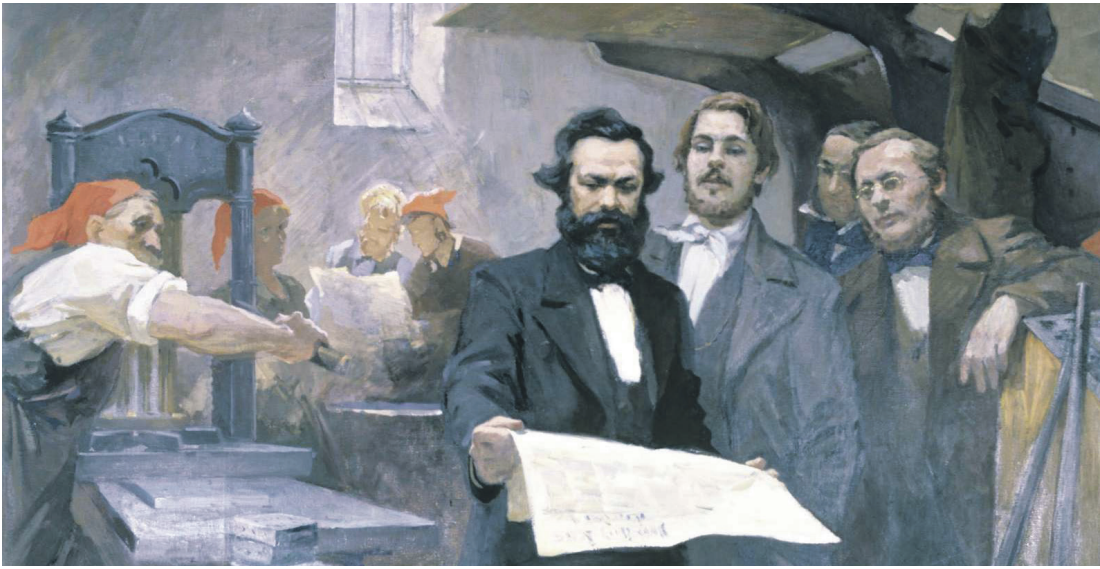
Um die Zukunft der Stadtverwaltung und der kommunalen Unternehmen zu sichern wurde auf Antrag der Linken eine kommunale Ausbildungsinitiative

beschlossen. Hierfür sollen die Ausbildungsplätze in der LHP bis 2030 bedarfsgerecht erhöht werden. Zudem wird künftig sichergestellt, dass die Auszubildenden bei erfolgreichem Ausbildungsabschluss übernommen werden.

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Fraktion Die Linke; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 0331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Konstantin Gräfe



Die NRZ – ein „Organ der Demokratie“

1842 hatte es bereits eine Rheinische Zeitung gegeben, mit dem damals 24 Jahre jungen Karl Marx erst als Mitarbeiter und schließlich als Chefredakteur. Anfang 1843 wurde die Zeitung dann verboten. Karl Marx musste Deutschland verlassen. Im April 1848 kehrte er aus seinem Londoner Exil nach Köln zurück, um einem alten, beim ersten Versuch schief gegangenen Projekt eine zweite Chance zu geben und auszutesten, ob die zugesicherte Pressefreiheit wirklich belastbar war. Deshalb kamen Karl Marx und Friedrich Engels am 11. April 1848 in Köln an. Am 1. Juni 1848

erschien dann erstmals die „Neue Rheinische Zeitung“, bezeichnet als „Organ der Demokratie“. Die „Neue Rheinische Zeitung“ war ein Sprachrohr für die Ideen der 48-er Revolution. Unter der Leitung von Karl Marx trat die Zeitung vehement für demokratische und soziale Reformen ein. Marx, zusammen mit Friedrich Engels und anderen Mitstreitern, nutzte die NRZ, um die revolutionären Ereignisse zu kommentieren und zu beeinflussen. Die Zeitung zeichnete sich durch scharfe Kritik an der preußischen Regierung und ihre Unterstützung für die An-

liegen der Arbeiterklasse aus.

Trotz anfänglicher Erfolge der Revolutionäre, wie der Einberufung der Frankfurter Nationalversammlung, begann sich das politische Klima schnell zu ändern. Die konservativen Kräfte gewannen wieder die Oberhand. Diese politische Kehrtwende hatte auch direkte Auswirkungen auf die Pressefreiheit und die Existenz der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Die preußische Regierung verschärfte die Zensur und ging rigoros gegen revolutionäre Publikationen vor. Die NRZ, die sich offen gegen die Regierung stellte

und radikale Reformen forderte, geriet zunehmend unter Druck. Im Mai 1849 war die Lage für die NRZ und ihre Mitarbeiter unerträglich geworden. Am 18. Mai 1849 erschien die letzte Ausgabe der Zeitung. In dieser Abschiedsausgabe, die symbolisch in roter Schrift gedruckt wurde, verabschiedete sich Karl Marx mit einem leidenschaftlichen und kämpferischen Artikel von den Lesern. Marx betonte, dass die Prinzipien und Ideale der Revolution weiterleben würden, trotz der momentanen Niederlage. Die Einstellung der „Neuen Rheinischen Zeitung“ war ein deutliches Zeichen für das Scheitern der Märzrevolution und den Sieg der Reaktion in Preußen und anderen deutschen Staaten. Die „Neue Rheinische Zeitung“ war mehr als nur eine Zeitung; sie war ein Symbol für die revolutionären Bestrebungen ihrer Zeit. Ihr Ende markierte nicht nur den Niedergang einer revolutionären Publikation, sondern auch das Scheitern eines großen politischen und sozialen Umbruchs in Deutschland. Die Schriften und Ideen, die Marx und seine Mitstreiter in der NRZ propagierten, sollten jedoch weit über das Jahr 1849 hinaus Einfluss haben und die politische Theorie und Praxis im 19. und 20. Jahrhundert tiefgreifend prägen.

Bernd Martin



ISABELLE VANDRE UND KONSTANTIN GRÄFE GEDENKEN DEN BEFREIER:INNEN AM 08. MAI

„UNTERNEHMEN BABAROSSA“ der deutsche Überfall auf die Sowjetunion vor 85 Jahren

Es ist ein Feuerschlag, wie ihn die Welt bis dahin noch nicht erlebt hat. Am 22. Juni 1941, um 3:05 Uhr, bricht entlang der 2.130 Kilometer langen deutsch-sowjetischen „Interessengrenze“ zwischen Ostsee und Schwarzem Meer die Hölle los. Aus mehr als 7.100 Geschützen eröffnet die deutsche Wehrmacht an diesem Sonntagmorgen das Feuer auf Stellungen und Befestigungen der Roten Armee in Litauen, Ostpolen-Weißrussland (Belarus), der Ukraine und in Moldau. Rund 3,3 Millionen deutsche Soldaten mit fast 3.650 Panzern und Sturmgeschützen, rund 600.000 Kraftfahrzeugen und etwa 3.000 Flugzeugen treten am 22. Juni 1941 zum Angriff auf die Sowjetunion an. Das „Unternehmen Barbarossa“ nimmt seinen wahnsinnigen Lauf. In einem „Führerbefehl“ an die „Soldaten der Ostfront“ sowie einer „Proklamation des Führers an das deutsche Volk“

vom 22. Juni wird der deutsche Überfall auf die Sowjetunion als unvermeidlicher Präventivschlag dargestellt. Als Ziel nennt Hitler die „Vernichtung der Lebenskraft Russlands“ und die Gewinnung von „Lebensraum im Osten“. Bolschewisten, Juden und das Slawentum in der Sowjetunion sind für ihn die „Todfeinde“ des Nationalsozialismus. Es ist ein rassenideologischer Vernichtungskrieg, wie ihn die Welt bis dahin noch nicht erlebt hat. Erklärtes Ziel der NS-Führung ist die Auslöschung der „jüdisch-bolschewistischen Elite“ der Sowjetunion sowie aller dort lebenden Juden überhaupt, die Unterwerfung, Dezimierung und Vertreibung der slawischen Bevölkerung und die Eroberung von „Lebensraum“ für ein „Großgermanisches Reich“. Fast vier Jahre danach hat die Sowjetarmee unter gewaltigen Opfern die Deutschen vom Faschismus befreit.



Die Bundesregierung betreibt Klassenkampf von oben – Ein Kommentar

Die neue Bundesregierung unter Friedrich Merz treibt den Sozialabbau mit erschreckender Geschwindigkeit vor-

an. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass neue Vorschläge auf den Tisch kommen, die den Sozialstaat weiter aushöhlen.

Besonders deutlich wird das derzeit bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Statt endlich für eine gerechte Finanzierung zu sorgen, sollen Versicherte und Patient:innen die Krise der Kassen ausbaden. Geplant sind höhere Zuzahlungen, Leistungskürzungen und weitere Belastungen für Beschäftigte und Familien. Selbst die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartner:innen steht zur Disposition. Gleichzeitig werden Gutverdienende und private Versicherungsmodelle weiter geschont. Dabei wäre die Lösung längst bekannt: eine solidarische Krankenversicherung, in die alle einzahlen – auch Abgeordnete, Beamte und Spitzenverdiener:innen. Auch die Debatte um die gesetzliche Rente zeigt, wohin die Reise gehen soll. Wenn Friedrich Merz erklärt, die Rentenversicherung könne künftig nur noch eine „Basisabsicherung“ sein, dann ist das ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge gezahlt haben. Hinzu kommen die bekannt gewordenen Pläne aus dem Kanzleramt, bei Eingliederungshilfen, beim Unterhaltsvorschuss und

bei den Hilfen zur Erziehung zu kürzen. Betroffen wären hunderttausende Alleinerziehende, Kinder und Menschen mit Behinderung. Das ist kein Zufall und keine Sparmaßnahme aus Notwendigkeit – das ist Klassenpolitik von oben. Gesellschaftliche Gruppen werden gegeneinander ausgespielt, während gleichzeitig Milliarden für Ausrüstung und Konzerninteressen bereitstehen. Das eigentliche Problem ist nicht, dass angeblich kein Geld da wäre. Jedes Jahr entgehen dem Staat Milliarden durch Steuerhinterziehung und fehlende Besteuerung großer Vermögen. Wer ernsthaft einen starken Sozialstaat will, muss endlich die Reichsten stärker in die Verantwortung nehmen – mit Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie konsequenter Bekämpfung von Steuerkriminalität. Gerade jetzt braucht es Solidarität statt Spaltung. Denn wenn die Bundesregierung Rentner:innen, Erwerbslose, Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderung angreift, dann betrifft das uns alle.

Isabelle Vandré
Mitglied des Bundestags

Immobilientransparenzregister: Wem gehört meine Wohnung?

Verschleierte Eigentümerstrukturen erschweren die Bekämpfung von Finanzkriminalität, besonders im Immobiliensektor. Um mehr Transparenz zu schaffen, wurde 2017 das Transparenzregister und 2019 eine gesetzliche Eintragungspflicht für ausländische Vereinigungen mit deutschem Immobilienbesitz eingeführt. Ziel ist es, illegale Kapitalflüsse aufzudecken und Marktverzerrungen durch Geldwäsche einzudämmen. Die Linke wollte nun von der Bundesregierung wissen: Wie viele Immobilien konnten den im Transparenzregister eingetragenen ausländischen Vereinigungen und Trusts tatsächlich zugeordnet werden?

Das Ergebnis: Bei 89 % der im Transparenzregister eingetragenen ausländischen Vereinigungen und Trusts, das sind 4.518 von 5.077, darunter 445 Trusts, konnten bisher keine konkreten

Immobilien in der Verknüpfung zwischen Transparenzregister und Grundbuchdaten zugeordnet werden. Für diese Rechteinheiten ist damit weiterhin unklar, welche Immobilien in Deutschland ihnen gehören. Die tatsächliche Transparenzlücke wird noch größer sein, da viele dieser Objekte mehrere Wohneinheiten umfassen dürften.

Isabelle Vandré, Sprecherin für die Bekämpfung von Finanzkriminalität und Immobilienspekulation der Fraktion Die Linke im Bundestag, kommentiert: „Geldwäsche ist nicht nur ein finanzpolitisches, sondern vor allem ein wohnungspolitisches Problem. Denn dort, wo dringend benötigter Wohnraum genutzt wird, um Geld aus illegalen Geschäften zu waschen, werden Mieten erhöht und Mieter:innen verdrängt. Deutschland ist ein Geldwäscheparadies. Wir wissen

von fast 90 % der ausländischen Vereinigungen und Trusts nicht, wie viele Immobilien sie überhaupt besitzen und die Einsicht in das Transparenzregister ist voller bürokratischer Hürden.

Das muss sich ändern! Nur eine wirkliche Transparenz über Eigentumsverhältnisse und echte Konsequenzen werden Geldwäsche, Spekulation und damit die steigenden Mieten stoppen!”

Dieser Parteitag wird gesponsert von: Unseren Mitgliedern.

Spende jetzt!

Die Linke



Auf dem Parteitag vom 19. bis 21. Juni in Potsdam beschließen wir die Politik, für die wir im Alltag streiten - im Parlament, auf der Straße und in den Betrieben. Doch ein Parteitag ist auch ein Großevent, hunderte Delegierte reisen aus dem ganzen Land an. Insgesamt kostet uns ein Parteitag knapp über 1 Millionen Euro. Als einzige Partei im Bundestag nehmen wir keine Konzernspenden an, denn unsere Politik lässt sich nicht kaufen. Genau deswegen brauchen wir Menschen, die uns unterstützen.

In der Karl-Marx-Str. 71 in Babelsberg wurden am 18.4.26 zwei neue Stolpersteine durch die Initiative „Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes e.V.“ zu Ehren von Dr. Ernst und Katharina Michaelis (verstorben 1942 und 1943) verlegt. Die anwesende Großnichte Lydia Tichauer sprach in ihrer kurzen Rede von einer stark durch den Krieg geprägten Familie, was sich auch durch die nächsten Generationen weiter gezogen hat durch Krankheiten, große Lücken durch ermordete Verwandte während der NS-Zeit und den Verlust eines 6 Monate alten Säuglings. Sie selbst lebt in England und wollte es sich nicht nehmen lassen, bei der Stolpersteinverlegung am letzten Wohnort der Familie persönlich dabei sein. Zusammen mit der Geschichtswerkstatt konnte aufgearbeitet werden, wo die letzten Aufenthaltsorte der Familie waren und wo Ernst und Katharina verstorben sind.

Stolpersteine in Babelsberg – erinnern und mahnen



Ernst Michaelis war Kinderarzt und ist 1919 mit seiner Familie von Berlin nach Neubabelsberg gezogen. Dort hatte er eine Praxis in der Garnstraße 14 (ehemals Friedrichstraße), die er dann aber nach der Aberkennung seines Dokortitels nach 1933 durch das NS-Regime nur noch als „Heiler“ für jüdische Kinder betreiben durfte. Viele verhungerte und kranke Kinder verdankten ihm das Leben durch seine Behandlung. 1942 wurde er in das KZ Theresienstadt deportiert. Er konnte das Leid dort nicht ertragen und nahm sich das Leben. Seine Frau Katharina beging ebenfalls Suizid im Krankenhaus Potsdam. Stolpersteine sollen nicht nur Holocaust-Opfern gedenken, sondern auch immer wieder daran erinnern, dass sich die Gräueltaten der Vergangenheit nicht wiederholen dürfen, vor allem in Zeiten, in denen der Rechtsruck in Deutschland spürbar zunimmt.

Romy Ibe

Wie geht es mit „Familie Grün“ weiter?



Ein kleiner Zaun und eine Grünfläche sollen in Zukunft die

Skulptur „Familie Grün“ in der Potsdamer Innenstadt umgeben. Die Grünfläche soll das Kunstwerk vor Vandalismus schützen. Derzeit ist „Familie Grün“ von einem Bauzaun umgeben. Im Dezember hatte die Stadt einen Schaden an der Figur des Vaters gefunden. Und Anfang April kam es erneut zu einem Überfall - dieses Mal auf die Mutter. Ob und wann eine Grünfläche die Skulptur umgeben wird, prüft die Stadt derzeit intern.

über:morgen - Politikfestival begleitet Bundesparteitag

Vom 19. bis 21. Juni 2026 lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung zum internationalen Festival „über:morgen“ auf die Wiese bei der Metropolis-Halle in Potsdam ein. Drei Tage Panels, Workshops, Musik, Kultur und Familienprogramm – für ein über:morgen, das allen gehört.

Mit dabei: Ebow, Jean-Philippe Kindler, Sukini, Arne Semsrott, Sabine Nuss, Malin Björk, Christiane Rösinger, Pelle Dragsted, Klaus Dörre, Raul Krauthausen, das queer-feministische DJ Duo Krawalle + Liebe – und viele mehr. Die Welt wird immer ungerechter.

Aber überall stehen Menschen auf und setzen dem etwas entgegen. Eine andere Zukunft ist nicht nur denkbar – sie wird bereits erprobt. Solidarität und der Mut zur Veränderung sind der Soundtrack dieser drei Tage.

Wann? Freitag, 19. Juni: 15 bis 23 Uhr Samstag, 20. Juni: 11 bis 22 Uhr Sonntag, 21. Juni: 11 bis 15 Uhr

Wo? Wiese bei der Metropolis-Halle Am Filmpark Babelsberg

mehr Infos: rosalux.de/uebermorgen

+++ TERMINE +++

Donnerstag, 13. Mai 2026, 18:00 – 20:00 Uhr
im Bürgerhaus am Schlaatz - Sprecher:innen-Treffen.

Dienstag, 19. Mai 2026,
trifft sich von 17:00 – 19:00 Uhr die AG Mobilität im rot-bloq, Zeppelinstr. 7.

Freitag, 5. Juni 2026, 15:00 – 18:00 Uhr,
lädt die AG Senioren unter dem Motto „Potsdam – eine lebenswerte Stadt für Jung und Alt“ zum traditionellen „Sommergarten“ im Rahmen der Brandenburgischen Seniorenwoche in das Lothar Bisky Haus (Alleestr. 3) ein.

Ab Juni sind im Normalfall alle Veranstaltungen im Lothar Bisky-Haus, Allee-straße 3.

Freitag, 13. Juni 2026,
ist von 19:00 – 21:00 Uhr das Neumitgliedertreffen. Dienstag, 16. Juni 2026, sieht sich die AG Mobilität von 17:00 – 19:00 Uhr.

Donnerstag, 18. Juni 2026,
treffen sich von 18:00 – 20:00 Uhr die OV Mitte, OV Mitte-Nord.

19. - 21. Juni 2026, Bundesparteitag Die Linke und Festival über:morgen, Metropolis-Halle, Filmpark Babelsberg dielinke-potsdam.de

